

**Stellungnahme der Initiative Cité Foch zur Rücknahme des Antrags auf Einrichtung  
einer Obdachlosenunterkunft in der Rue Racine 7 (ehemaliges Collège Voltaire)  
in der BVV-Sitzung am 13.12.2017**

Die Initiative Cité Foch (ICF) dankt dem BVV-Ausschuss für Gesundheit und Soziales dafür, dass er seinen Beschlussvorschlag vom 13.11.17 zur Errichtung einer Obdachlosenunterkunft im ehemaligen Collège Voltaire zurückgezogen hat.

Darüber hinaus begrüßt die ICF die umsichtige Haltung des Bezirks in der Frage der Weiterentwicklung der Immobilie Rue Racine 7 (ehemaliges Collège Voltaire) als Schulstandort. Diese Haltung wird dazu beitragen, dass der sich schon jetzt - auch im Bezirk Reinickendorf - abzeichnende Mehrbedarf an Schulplätzen gedeckt werden kann und dass die Cité Foch ein attraktives Wohnviertel bleibt.

Schulen, einschließlich Schulneubau und -sanierung haben für die Senatspolitik jetzt höchste Priorität - ausweislich der Haushaltsansätze und Steigerungsraten im Entwurf des Berliner Haushalts für 2018/19. Auch der Bezirk Reinickendorf hat diese Priorität wiederholt bestätigt und in der BVV-Sitzung am 13.12.17 beschlossen, dass sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen soll: „, dass das Grundstück in der Rue Racine 7, dem ehemaligen Standort des Collège Voltaire, für den Eigenbedarf der wachsenden Stadt (z.B. als möglicher Schulstandort) gesichert wird und zu prüfen, ob gegenüber der BIM ein Verkaufsvorbehalt angemeldet werden kann “. (In der o.g. Sitzung informierte das Bezirksamt daraufhin, dass es dieser Forderung bereits Ende August nachgekommen war.)

Muss sich bei dieser Sachlage nicht jeder unvoreingenommene Bürger fragen, ob es angesichts der Engpässe bei Schulplätzen nicht angebracht wäre, alle Kräfte für deren Überwindung einzuspannen, also auch die der freien Träger, anstatt einzelne Träger – wie in diesem Falle die Montessori- Schule - mit prohibitiven Miet- bzw. Pachtforderungen fern zu halten. Eine solche Vorgehensweise kann nur diejenigen bestätigen, die behaupten, in einer solchen - im Vergleich zu staatlichen Schulen und Kindertagesstätten - finanziellen Diskriminierung drückten sich ideologische Vorbehalte des derzeitigen Senats gegenüber privater Initiative aus - eine Behauptung, die dieser allerdings stets zurückweist.

Ohne derartige Vorbehalte spräche deshalb jetzt alles für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Übergabe des Collège Voltaire an die Montessori-Schule, die ab dem Schuljahr 2018/19 eine neue Unterbringung benötigt (Morgenpost und Tagesspiegel hatten hierzu berichtet). Nachdem diese seit 2015 trotz gegenteiliger Zusagen von Senat und Bezirk immer wieder verschoben und zuletzt vom BIM ganz abgesagt worden war, wäre jetzt allerdings eine längere Zwischenunterbringung am bisherigen Schulstandort Stolpmünder Weg in Heiligensee erforderlich und zwar solange, bis die Verhandlungen mit der BIM über die Rue Racine 7 zum Erfolg geführt haben und die Liegenschaft als Schulgebäude wieder hergestellt worden ist.

Dies setzte jedoch voraus, dass der Berliner Senat und mit ihm die BIM ohne ideologische Vorbehalte anerkennen, dass Schulen und Kindertagesstätten in freier Trägerschaft

- ebenfalls eine gemeinnützige Aufgabe wahrnehmen und schon jetzt dazu beitragen, den in Berlin spürbaren Engpass bei Schulplätzen zu überwinden,
- angesichts der ihnen auferlegten Beschränkungen beim Elternbeitrag nicht Immobilien aus kommunalen Eigentum zu Konditionen anmieten bzw. pachten können, die bestenfalls von gewinnorientierten Gewerbebetrieben erwirtschaftet werden können,
- deshalb nicht mit derartigen Miet- bzw. Pachtforderungen konfrontiert werden dürfen, wie sie das BIM der Montessori-Schule abgefordert hatte,
- neue Schul- und Kitaplätze aus eigenverantwortlicher Finanzierung bereitstellen, damit staatliche Investitionsbudgets entlasten und die dadurch 'eingesparten' öffentlichen Investitionsmittel für zusätzliche öffentliche Schulen und Kindertagesstätten genutzt werden können  
und
- in ihrer Arbeitsweise weniger von bürokratischen und fiskalischen Zwängen eingeschränkt sind als staatliche Stellen und deshalb derartige Projekte zügiger und wirkungsvoller durchführen können.